

# Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER  
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

4. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1951

Preis 1.— Schilling

## Was wir wollen!

Die Kameradschaft der politisch Verfolgten ist, was in der Öffentlichkeit, leider selbst in der uns nahestehenden, oft nicht genügend beachtet wird, mehr als ein Zweckverband. Sie ist auch mehr als ein Traditionsverband, der die in Konzentrationslagern geschaffene Kameradschaft aufrechterhalten will. Die Kameradschaft ist — oder will es mindestens sein — eine Vereinigung von Menschen, die aus existenziell schwerem Erleben heraus zu klarer, realistischer Auffassung der Dinge gekommen sind, und die dabei trotzdem sich jenen Schwung und Idealismus erhalten haben, der eben notwendig ist, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein.

Gerade die Kameradschaft der politisch Verfolgten ist daher in der Lage und auch gewillt, mit Menschen Fühlung aufzunehmen, die aus ähnlichem Erleben kommen und zu ähnlichem Willen bereit sind, also etwa mit den Heimkehrern oder mit den politisch Verfolgten anderer Systeme. Starrheit liegt uns nicht; wir wissen, daß in den Schauern der Ereignisse, die seit 1914 über die Welt hinwegbrausen, diese Welt umgeschmolzen wird. Daher lebt auch die ganze Welt in einer Angst vor dem kommenden Unbekannten und diese Angst hat ja längst ihre philosophische Unterhaltung und Deutung erfahren.

Es hat sich gezeigt, daß in dieser Angst eines der kostbarsten Güter des Menschen fast verlorengegangen ist: die Freiheit und die Liebe zur Freiheit. Der Mensch von heute scheint gewillt, seine Freiheit aufzugeben zugunsten irgend einer Gewalt, wenn ihn diese nur irgendwie zu stützen scheint. Hier liegt im Tiefsten die bewegende Ursache zu den Diktaturen aller Farben. Soweit aber ist es wieder deshalb gekommen, weil der Mensch immer und jederzeit sich auf ein

Übermenschliches stützen muß. Dieses Übermenschliche ist für den gläubigen Menschen Gott, für den Gläubigen ein Götzchen oder ein vergöttertes Ideal, denn niemals kann der Mensch ganz ohne ein Übergeordnetes sein.

Daraus ergibt sich nun für die Kameradschaft der politisch Verfolgten die große Aufgabe, vor allem die geistige Entwicklung der Umwelt zu beachten und durch eigenes Beispiel zu beeinflussen, damit nicht aus dem unausrottbaren Drang der Menschen nach einer über ihnen liegenden Stütze wieder ein katastrophaler Irrweg in irgend einen -ismus oder eine andere Irlehre wird.

Wir wissen, daß diese Aufgabe nicht leicht ist. Unsere Kameradschaft ist, in einem Zeitalter der Massen, an Zahl nicht sehr ins Gewicht fallend. Das aber kann

dem gefehlt worden, was heute so sehr gefährdet ist, zu einer Persönlichkeit, die sich gegen alle Kollektivierung und Vermassung wehrt. Nicht als ob der Weltkonflikt, der heute so stark ist, der Konflikt zwischen Einzelmenschen und Gesellschaft, in uns schon völlig gelöst wäre, aber wir sind doch so weit gekommen, zu erkennen, daß nur eine auf den Grundideen des Christentums aufgebaute Lebenshaltung aus ihm herausführen kann. Wir möchten in Gemeinschaft mit allen, die diesen Konflikt in sich spüren, also vor allem mit unseren Leidensgefährten, dann mit denen, die aus anderen Ausgangssituationen heraus ähnliches wie wir erlebt haben, daran arbeiten, die Welt, vor allem unsere kleine österreichische, in Verbindung mit den Kameraden anderer Länder aber auch die größere Welt so zu formen, daß wieder eine gottgewollte, und das heißt gleichzeitig menschenwürdige Ordnung aufgebaut wird.

Wir wollen, wie gesagt, eine menschenwürdige Ordnung im politischen und sozialen Bereich, das heißt mit anderen Worten, wir wollen den Menschen wieder in seinem Rang setzen. Damit haben wir uns gewonnen aus dem Konzentrationslagererleben, jene Aufgabe gestellt, die heute die dringendste, notwendigste und gleichzeitig die allumfassendste ist. Daraus wieder ergibt sich, daß jeder aus unserer Gemeinschaft alles daransetzen wird, Brücken von Mensch zu Mensch zu schlagen, um dadurch zu dem zu kommen, wofür wir immer gekämpft haben, zur Freiheit in Frieden und Gerechtigkeit. Es wäre nur wünschenswert, wenn dieses unser Wollen von möglichst vielen Mitmenschen aus den andern Lagern verstanden, geteilt und unterstützt würde. Dann wären wir dem uns gesetzten Ziel um ein großes und bedeutendes Stück nähergekommen: zum Heile Österreichs und zum Vorbild für alle!

Raimund Foukar

### SEVATOR DESCHANEL

(Rede in der französischen Kammer; 19. November 1903).

„Österreich ist der Schlüsselstein Europas, das größte staatspolitische Meisterwerk des Kontinents.“

uns nicht schrecken, muß uns vielmehr ein Ansporn sein. Wir haben in den Lagern mit Menschen aller Altersstufen und Berufe zusammengelobt und gelitten. Wir sind daher mit den Massen, ihren Wünschen und Sorgen vertraut. Wir sind keine abgegrenzte, bevorrechtete Schicht und können daher nach allen Richtungen frei aufzutreten. Wir sind andererseits durch unser Erleben jeder zu

Franz Kittel:

## In eigener Sache

Der „Freiheitskämpfer“ war in den letzten Monaten wiederholt Gegenstand heftigster Angriffe innerhalb und außerhalb unserer Partei. Die Organe der neuen „Deutschnationalen“ in Österreich entsetzten sich darüber, daß wir sehr offen unsere Bedenken gegen die Entwicklung ihrer Organisationen äußerten. Kräfte in der eigenen Partei fürchteten, es könnte da und dort ein ehemaliger Nationalsozialist durch unsere Schreibweise verletzt werden. Und ein prominenter ehemaliger Glasenbacher versicherte mir, daß seine Anhänger mit der Schreibweise, vor allem mit dem Geist, der aus unserem Blatte spricht, nicht einverstanden wären. Schließlich hielten es die „Oberösterreichischen Nachrichten“ für angebracht, alle diese Bedenken gegen unser Blatt in einem aggressiven Angriff gegen unseren geschäftsführenden Bundesobmann Hans Leinkauf zusammenzufassen. Er sei der entschiedene Gegner der Reformen an der Partei (Junge Front) und deshalb würde er im Zuge der Reorganisation ebenfalls seiner politischen Funktionen entkleidet werden. Zu all dem sei ein für allemal festzustellen:

1. Der „Freiheitskämpfer“ hat eben die Aufgabe, für die Freiheit Österreichs zu kämpfen. Sie wird heute bedroht von den getarnten Bemühungen der unter allen möglichen Flaggen (auch unter der Europas) hantierenden deutschnationalen Kräfte in diesem Lande, wie von den ebenso getarnten kommunistischen Volkdemokraten. Ihnen beiden gilt unser Kampf. Vor beiden sind wir Warner und

### Die geschädigten öffentlichen Beamten

fragen immer wieder an, wann endlich ihre Forderungen Erfüllung finden. Nicht mit Unrecht verweisen sie darauf, daß viele ehemalige Beamte ihre Wiedergutmachung nicht mehr erleben, andererseits das Geld immer weniger wird. Wir wollen demgegenüber mitteilen, daß unabhängig unsere Vertreter im Parlament um die Lösung dieses Problems bemüht sind, daß die Kameradschaft keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um die verantwortlichen Männer der Partei und des Staates auf die Dringlichkeit aufmerksam zu machen.

Wir fordern allerdings auch die geschädigten Beamten auf, uns in unserem Bemühen zu unterstützen und Mitglieder, bzw. auch Mitarbeiter der Kameradschaft zu werden. Nur gemeinsam werden wir stark genug sein, um unsere Forderungen durchsetzen zu können.

Mahner. Daher ist die primärste Aufgabe unseres Blattes, alles aufzuzeigen und klarzulegen, was heute rechts und links gegen Österreich wirkt. Daß dies den so Entdeckten nicht angenehm ist, ehrt uns.

2. Wir haben den Mut, zum Wohle der Partei offen aufzuzeigen, wo die Partei von ihrem einmal beschrittenen Weg abirrt. Gerade weil die Gegner so sehr die Politik von 1945 verurteilen, manche unserer Parteifreunde selbst damit in Zweifel versetzt werden, stehen wir unverbrüchlich zu dieser Politik.

Wenn wir warnen vor dem Brückenzwischen nach beiden Seiten hin, die Zögernden aufzurütteln versuchen, oder dort, wo sie versagen, schonungslos ins Licht der Öffentlichkeit stellen, leisten wir wertvollste Dienste der Partei. Der „Freiheitskämpfer“ hat nicht nur seine Freunde der Partei gewonnen, sondern ist heute weit über den Kreis ehemals politisch Verfolgter hinaus das Sprachrohr der Getreuen. Wer den „Freiheitskämpfer“ zu verdrängen sucht, gibt damit jenen den Fußtritt, die in dieser Partei die Treue als Fundament des parteilichen Zusammenhalts bisher hochgehalten haben.

3. Wir sind auch als Kameraden treu. Deshalb stehen wir zu unseren führenden Kameraden. Wer immer glaubt, die Kameradschaft zu treffen, wenn einer dieser unserer führenden Männer aus dem Parteiparat verschwinden sollte, verkennt uns. Nur die Hasser Österreichs sind gegen uns und wer auf ihre Stimme hört, wird morgen oder übermorgen auch ihrem Haß erliegen.

4. Wir achten die ehrliche und aufrichtige Gesinnung eines jeden ehemaligen Nationalsozialisten. Wir kennen Haß und Verfolgung. Niemand von uns verkennt die Leiden, die nach ehemalige Nationalsozialisten erdulden mußten. Allerdings sind wir in weltanschaulichen Fragen kompromißlos. Mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zog ein neuer Geist in unsere Lande. Diesen Geist zu erhalten, ihn für die Zukunft vor allen Versuchen einer rückläufigen Entwicklung zu bewahren, ist eine wichtige Aufgabe. Die Schreibweise des „Freiheitskämpfer“ ist daher diktiert vom Geist des neuen Österreich, wie wir es durch Jahre ersehnt haben, und von dessen Verwirklichung wir noch weit entfernt sind. In diesem neuen Österreich hat der Geist des vergangenen Regimes keinen Platz. Daher wird die Schreibweise niemals jene ansprechen können, die eine Renaissance des Nationalsozialismus in

welcher Gestalt immer erhoffen. Eine konsequente Politik auf diesem Gebiet hätte daher bei aller Würdigung des persönlichen Schicksals ehemaliger Nationalsozialisten jede Konzedon an den Geist, bzw. Ungeist des Nazismus verhindern müssen. Die Schreibweise vieler österreichischer, leider wöchentlich erscheinender Zeitungen, wie des „Echo der Heimat“, „Die Neue Front“, der „Unabhängige“, der „Österreichische Beobachter“, der „Kamerad“, des „Alpenruf“ ist in diametral dem Geist des neuen Österreich entgegengesetzt und bedürfte radikaler Maßnahmen. Dies zu verkennen, bedeutet eine Untergrabung der eigenen Situation, eine Gefahr für die Demokratie und nicht zuletzt ein Abgehen von der 1945 als richtig erkannten Linie.

Man erwarte daher nicht, daß „Der Freiheitskämpfer“ jemals in einem Geist geschrieben werde, der den unverbesslichen Nationalsozialisten zuzagt. In diesem Falle würde der Redakteur dieser Zeitschrift seine Aufgabe schlecht erfüllt haben und daraus die Konsequenzen ziehen.

Daß wir Gegner haben, ehrt uns! Daß bestreite Schichten unserer Bevölkerung nach dem „Freiheitskämpfer“ greifen, gibt uns die Gewißheit, auf dem richtigen Weg zu sein! Daran werden und können Unken in den eigenen Reihen und anonyme Schmierfinken genau so wenig ändern, wie die Gestapo auch unsere Gesinnung in Kerker und Konzentrationslagern keinen Augenblick ändern konnte.

### Ein Wiedergutmachungsausschuß

wurde am Sitz des Wiener Landesverbandes der Kameradschaft gebildet. Ihm gehören Beamte aller Dienstgrade an. Neben Hans Leinkauf, der den Vorsitz führt, ist Bezirkshauptmann Hofrat Mohr der Referent über den Gesetzentwurf über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst (Beamtenentschädigungsgesetz).

In der letzten Sitzung am Donnerstag, den 11. Oktober 1951, wurden der Entwurf ausführlich diskutiert, Wünsche und Anregungen berücksichtigt und nach erfolgter Korrektur in verhandlungsreife Zustand dem Bundesobmann NR. Frisch für seine parlamentarische Arbeit als Unterlage übergeben.

Wir werden über den weiteren Verlauf der Angelegenheit prompt berichten.

## VdU-Bekennnis zur nationalsozialistischen Idee

### Offener Brief an Bundesminister Helmerl

Sehr geehrter Herr Bundesminister!  
Im Organ des VdU „Die Neue Front“, 3. Jahrgang, Nr. 32, Seite 1, Spalte 3, ist unter dem Titel „Idee der Volksgemeinschaft“ folgendes zu lesen:

„Der VdU, der eine originale Bewegung ist und sich keinesfalls als Nachfolger einer früheren Bewegung fühlt, gleichgültig, ob sie NSDAP oder Landbund oder Großdeutsche Partei hieß, leugnet dennoch nicht, daß die nationalsozialistische Idee der Volksgemeinschaft eine der Grundlagen seiner sozialen Gesinnung geworden ist. Er leugnet es um so weniger, als diese Idee eine der fruchtbarsten unseres Jahrhunderts ist, und es lächerlich wäre, aus lauter Faschistenhaß mit der Presse nach den Weizen verbrennen zu wollen.“

Die Äußerungen stellen ein eindeutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung dar und damit einen Widerspruch zum Verbotsgesetz 1947. Im Abschnitt 1, Art. 1, § 3, des genannten Gesetzes heißt es:

„Es ist jedermann untersagt, sich, sei es auch außerhalb dieser Organisationen (gemeint sind die aufgelöste NSDAP und ihre Gliederungen), für die NSDAP oder ihre Ziele irgendwie zu betätigen.“

Im Sinne dieser Feststellung stellt der eingangs erwähnte Artikel ein eklatantes Vergehen gegen das Verbotsgesetz dar und muß dafür eine genaue Untersuchung, bzw. Bestrafung der Schuldigen gefordert werden.

Wir erlauben uns ganz leidenschaftslos zu bemerken, daß im Namen dieser nationalsozialistischen Idee der Volksgemeinschaft tausende Österreicher in Gefängnisse und KZs verschleppt wurden, Todesurteile vollzogen und die besten Menschen in den Gaskammern zugrunde gegangen sind. Dies ist sicher auch Herrn Bundesminister hinlänglich bekannt.

Uns scheint diese Feststellung auch im Interesse der zehntausenden ehemaligen Nationalsozialisten notwendig zu sein, die mit der „nationalsozialistischen Idee der Volksgemeinschaft als Grundlage einer sozialen Gesinnung“ schon gar nichts zu tun haben wollen.

Wir hoffen, daß Sie, Herr Bundesminister, dafür sorgen, daß in Einkunft solche Äußerungen in unserer Presse unmöglich gemacht werden.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Landesobmann: Leinkauf e. h.  
Lds.-Obm.-Stellvertreter: Kittel e. h.

## Schuschnigg muß her!

Unter diesem Titel, den wir voll und gerne unterschreiben, versucht der „Österreichische Beobachter“ zu beweisen, daß der Faschismus nicht von den Belasteten, sondern von der reaktionären ÖVP droht.

Es ist kein Geheimnis, daß die ÖVP-Kameradschaft Österreichs Tradition und die Weiterführung zu einem Kardinalpunkt ihres Programms gemacht hat. Dazu gehört die Pflege der Grabstätte Engelbert Dollfuß und die Fortführung seines Erbes. Dazu gehört aber auch nicht minder die Förderung nach der endlichen Rückkehr Dr. Kurt Schuschniggs in einem Lande, in dem für Schüblers Nationalratskandidaten frei sind, für Slaviks und Genossen die Presse frei ist, in diesem Lande muß auch ein Kurt v. Schuschnigg Platz haben.

Was haben sie denn eigentlich Schuschnigg vorzuerwerfen! Daß er vielleicht die Parole vom zweiten deutschen Staat vertreten hat! Sicher nicht, denn das ist ja heute noch ihre Meinung. Oder daß

Schuschnigg Österreich nicht verließ, als Hitler einzog? Dies scheint schon eher zu sein. Denn diese teutonischen Helden können in ihrer Galerie kaum mit einem Mann aufwarten, der so viel Treue seiner Heimat, Mut und Ausdauer bewies, als gerade Kurt von Schuschnigg.

Schuschnigg ist unser KZ-Kamerad. Niemand würde es verzeihen, wenn wir ihn, den politischen Verfolgten des Dritten Reiches, abschreiben würden. Er war für uns der personifizierte Widerstand, er gab uns die Parole „Gott schütze Österreich“, die uns auch die schwersten Zeiten durchstehen ließ, er ist nicht nur der große Österreicher, sondern unbestritten ein durch Leid und Not gereifter Europäer und Weltbürger. Nur unsere bürgerliche Mentalität und Unentslossenheit konnte es zulassen, daß ein Julius Deutsch wieder nach Österreich durfte, angestammte Söhne dieser Heimat aber heute noch ferne in der Fremde leben müssen. Man wird über diese Fragen einmal ernsthaft sprechen müssen. Ge-

hört doch in diesem Kapitel der Nachkriegsgeschichte auch die Tatsache, daß jene Familie, deren Vorfahren Jahrbunderte das Schicksal dieses Landes zum Wohle seiner Völker bestimmt haben, nicht Heimatboden betreten darf, während man jedem Ausländer hier Asylrecht gewährt.

Sie können unbesorgt sein, die Herren vom „Österreichischen Beobachter“. Das österreichische Volk hat an eigenen Leib verspürt, was Faschismus heißt. Es weiß aber auch, was dieser Kurt v. Schuschnigg unter dem Faschismus, dem sie Beifall schenken, gelitten hat. Seine Heimkehr würde manchen dieser Herren zeigen, daß Österreichs Volk sich einen Faschisten Anstand bewahrt hat und wissen wird, was es auch Schuschnigg schuldig ist, der mit ihm die Jahre der Leiden bis zum Letzten geteilt hat. Dieses Alibi können die Herren, die heute vom Austrofaschismus schreiben, niemals erbringen.

Hans Leinkauf

## Am Rande bemerkt

Immer und immer wieder betonen wir, daß dem genialen, schöpferischen Geist Österreichs die schwerfällige und bürokratische Administration gegenübersteht, daß dem genialen Menschen durch ein starres Festhalten an Paragraphen, Verordnungen und eingefleischten Meinungen Fesseln angelegt werden, aus denen er sich einfach nicht befreien kann. In vielen Fällen ist es doch dann so, daß sich diese Menschen ins Ausland begeben, dort Erfolg haben und im Grunde ihres Herzens einen Haß auf Österreich mit sich herumtragen. Ist es so schwer für unseren Verwaltungsapparat, das Genie zu erkennen oder bereits anerkannte Wissenschaftler dem Lande zu erhalten, Menschen, die auf verschiedenen Gebieten für Österreich ihren Teil geleistet haben, einen sorgenfreien Lebensabend zu garantieren? Die „Wiener Universitätszeitung“ schreibt in ihrer Nr. 14/1951 unter dem Titel „Ein eremites Monatsheft“ u. a.: „Mit Recht schrieb am 19. Juli 1951 die „Neue Zeit“ über die österreichische Wissenschaft als Aschenbrödel: „Österreich exportiert seine besten Köpfe, und das ist wohl der dümmste Export, den sich ein Land überhaupt leisten kann.“ Ansetzend werden solche Erkenntnisse bei uns jedoch in den Wind gesprochen.“

Wir stimmen dieser Anschauung vollkommen zu, bedauern nur noch, daß man dieses eminent wichtige Problem auf die leichte Schulter nimmt.

K. K.

## Volksentscheid über die »Belasteten«

Eine ungeheuerliche Herausforderung Österreichs durch die »Junge Front«

Die Nazis und Kryptonazis gehen mit einem Dreh hauseria, vor dessen demagogischer Ungeriertheit, wenn sie noch am Leben wären, selbst Hitler und Gbbels erröten würden. Sie verlangen auf dem Umweg über die »Junge Front« einen Volksentscheid über die »Belasteten«. Das Bundespräsidium der »Jungen Front« ist der Ansicht:

„Die Durchführung der NS-Gesetze hat mehr als 500.000 Menschen (sie geben also 500.000 gereichte Nazis zu!) betroffen und allein durch die indirekte Belastung des Steuerzahlers, der für die außer Dienst gestellten Beamten und Angestellten aufzukommen hatte, einen Schaden von 2.800 Millionen Schilling angerichtet. Nachdem nun mehr als sechs Jahre hindurch ein so großer Teil des Volkes (das klingt ja wie eine Drohung!) direkt und die Gesamtheit indirekt für eine endgültig der Vergangenheit angehörende politische Gestattung zu büßen hatte, scheint der Zeitpunkt gekommen, um endlich die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger wieder herzustellen. Das Bundespräsidium der »Jungen Front« fordert daher die Abhaltung eines Volksentscheides, durch den jene Bürger unseres Staates, die von den Auswirkungen des NS-Gesetzes noch immer betroffen werden — also die sogenannten »Belasteten« —, den übrigen Staatsbürgern, sowohl dem Recht als auch den Pflichten nach gleichgestellt werden.“

Diese Auffassung sei richtiggestellt:

Die »Junge Front« gibt damit zu, daß die Austrensis, die 1938—1945 und schon vorher in der Illegalität den österreichischen Staat negiert haben, von diesem Staat 2.800 Millionen Schilling erhalten haben. Sie geben damit zu, daß jeder einzelne von den genannten 500.000 5.600 Schilling erhalten hat. Das in einer Zeit, da die KZler, die durch sie direkt oder indirekt eingesperrt waren, keinen Kreuzer erhalten haben. Sie geben also zu, daß sie dafür, daß sie Nazis gewesen sind, durch 6 Jahre hindurch eine Jahresrente von fast 1000 Schilling zusätzlich erhalten haben, da die meisten von ihnen in der Zeit, wenn auch nicht in ihrer Position, die sie unter Hitler einnahmen, vielfach nicht schlecht verdient haben. Ihre Belastung hat ihnen also nach ihrem eigenen Geständnis eine staatliche Zusatzrente von jährlich fast tausend Schilling eingetragen. Sie konnten sich also durch die Tatsache, daß sie belastet waren, jährlich neben ihrem Verdienste, den sie hatten, den sie klugerweise aber nicht nennen, einen Anzug oder Mantel kaufen, während die an-

deren Staatsbürger das nicht konnten. So spendlich ist der Hitler seinen politischen Gegnern gegenüber nicht gewesen. Daran erinnern sie aber nicht. Von diesem Standpunkt aus ist die Ausendung der »Jungen Front« eine Chabze, die sich gewaschen hat.

Wenn diese Kreise also einen Volksentscheid fordern mit dem Ansuchen, »den übrigen Staatsbürgern sowohl dem Recht als auch den Pflichten nach gleichgestellt zu werden«, so kann man damit in dem Sinne einverstanden sein, daß sie das, was sie zusätzlich an Staatsrente, die sie ja in ihrer Ausendung ziffermäßig aufzählen, erhalten haben in den vergangenen 6 Jahren, dem Staat wieder zurückzahlen, das wäre die gerechte Gleichstellung. Man könnte ja die 2.800 Millionen, die so rückerstattet werden — und das wäre nur gerecht, weil die anderen Staatsbürger das nicht erhalten haben, sondern in unendlicher Großzügigkeit und Toleranz dafür aufgenommen sind — zum Wohnungsbau und zur Tilgung der Bombenschäden, die durch den Nazikrieg bei uns angerichtet wurden, verwenden. Was meinen Sie dazu, Herr Nationalrat Stroschowitz?

Im Übrigen ist es eine Zumutung an die Geduld des österreichischen Volkes, daß eine Gruppe von nicht einmal 10 Prozent der Einwohnerschaft mit dem Dreh hauseria geht, wenn man sie wieder in Gnaden aufnehme, würden die anderen 90 Prozent entlastet. Haben die Herrschaften die Bombenattentate von 1933—1938, haben sie den Kanzlermord vom 25. Juli 1934, haben sie die Okka-

pation 1938, die sie selber herbeigeführt haben durch tätige Mithilfe, haben sie den Krieg 1939—1945 vergessen? Haben sie vergessen, daß sie dadurch die vierfache Besetzung Österreichs mit heraufbeschworen haben? Haben sie ihre Mitschuld an den österreichischen Todesopfern von Dachau, Mauthausen, Ebensee, Sachsenhausen und wie die Hitler-KZs alle heißen, vergessen? Haben sie vergessen, daß sie mitschuldig sind, daß noch immer Österreicher in Kriegsgefangenschaft sind? Hat einer von diesen Herrschaften über diese Dinge tätige Reue gezeigt? Nein und abermals nein! Sie gehen mit ihrer neuesten Forderung darauf aus, vergangene Machtpositionen wieder zu erobern. Sie sind Totengräber der Demokratie, wie sie länger nicht gedacht werden können.

Das würde den Herrschaften so passen, das demokratische Mittel einer Volksabstimmung für sich zu beanspruchen, nachdem sie früher den Bankrott der Demokratie mit allen Mitteln betrieben haben. Dazu haben sie nach allem, was vorgefallen ist, jedes Recht verliert. Da müssen wirkliche Beweise der Loyalität erbracht werden, bevor an so etwas zu denken ist. 6 Jahre Rentenbezug dieser Kreise kann das Blut, das sie vergessen, das Elend, das sie angerichtet haben, nicht wegwaschen. Erst wenn sie durch tätige Reue, in diesem Fall durch Rückzahlung der erhaltenen und von ihnen selbst zugegebenen 2.800 Millionen Schilling an den Staat, ein Zeichen ihres guten Willens gegeben haben, dann kann man wieder über die Sache reden. Bis dahin sollen sie schön still sein und durch ihre anmaßenden Forderungen die Volkseele nicht zum Kochen bringen.

Dr. Birk

## Österreich im Spiegel des Auslandes

Die in Buenos Aires erscheinende Zeitung »Argentinisches Tagesblatt« schreibt: »Es ist nicht leicht, Kanalar in der kleinen österreichischen Republik zu sein. Und es muß dreifach schwer gewesen sein, in den letzten Jahren diese Funktion auszuüben.«

Die dänische in Kopenhagen erscheinende Zeitung »Berlingske Tidende« scheint die österreichische Politik auch besser zu kennen, als sie von manchen hiesigen Blättern beurteilt wird. Das Blatt schreibt u. a.: »So viel politische Siege die Sowjetunion auch errungen hat, in Österreich hat sie einen ebenbürtigen Gegenspieler gefunden. Dazu sind die Österreicher den Russen gegenüber

im Vorteil, weil sie jahrhundertlang Erfahrung besitzen, mit anderen Nationen zusammenzuarbeiten...«

»Vers l'Avenir« (Namur) anerkennt Österreichs Leistung mit folgenden Sätzen:

»Österreich, seine Wirtschaft und seine Bevölkerung befinden sich angesichts der permanenten Besetzung und den aus ihr erwachsenden Unannehmlichkeiten in einer prekären Situation. Es verdient wirklich Anerkennung, daß das Land trotzdem so viel Energie aufgebracht hat, den Abhang, auf dem es sich befindet, so rasch — auf jeden Fall rascher als man es für möglich gehalten habe — aufwärts zu klettern...«

# SOLDATENBÜNDE?

Aus der Deutschen Bundesrepublik kommen Nachrichten, die aufhorchen lassen. So werden Soldatenbünde und Veteranenorganisationen errichtet, Fragen erörtert wie die, ob die Haken-Orden mit abgetheilten Hakenkreuzen oder nur Ordenbänder getragen werden sollen.

Kurzum, es geht anscheinend um eine Ursünde dessen, was man unter Adolf Hitler kultivierte, seit 1945 jedoch verdeckte und jetzt wieder offen und selbstherrlich zur Schau und zum Bekenntnis machen möchte: das Bewußtsein einer stark betont autoritären und totalitären Mentalität, die im Horst-Wessel-Liede, im Hakenkreuz und im Führer-Eid ihren Ausdruck finden.

Es scheint daher durchaus angebracht, wenn Rüdiger Praschke in der Zeitschrift „Die Aussprüche“ in all dem eine Bedrohung der Demokratie sieht und nicht dem Nationalsozialismus, sondern Weimar als ein Zwischenspiel im Rahmen der deutschen Geschichte anspricht.

Registriert er weiter, daß die von dem Hamburger Demokraten Erich L. G. in Szene gesetzte Aktion „Friede mit Israel“ von einer deutschen Regierungspartei, der Deutschen Partei, abgelehnt wird, so ergibt sich fast kreisförmig geschlossen ein Bild, das man nicht ohne Sorge zu betrachten in der Lage ist.

Auffallend ist überdies, daß ein führender geistiger Kopf, wie Dr. Rudolf Pechel (Deutsche Rundschau), Klage über den deutschen Journalismus führt, der in der Ablehnung des NS-Regimes Zurückhaltung übt und in gewissen maßgebenden Schlüsselstellungen wiederum von Männern besetzt sei, die alles andere denn Gegner des Nationalsozialismus gewesen seien.

## Rückwirkungen auf Österreich

Ob diese eigenartige Entwicklung auf Österreich Rückwirkungen ausüben kann, ist nicht leicht zu beantworten. Wenn indessen bedacht wird, daß ausgesprochene Nationalsozialisten, sogar Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“, auch bei uns im demokratischen Lager zu Chefredakteuren avancieren konnten, der gewesene Sendeleiter von Rot-Weiß-Rot in Salzburg als Gast in Deutschland positiv zum Führer-Eid Stellung nahm, dagegen militante demokratische Journalisten übergangen werden oder gar existenzlos sind, dann kann nicht mehr von kommenden Rückwirkungen gesprochen werden, denn ist eine bedrohliche Gefahrenzone bereits erreicht worden.

Es geht aber schließlich nicht allein um jene Positionen, die maßgeblich für die öffentliche Meinung sind, es geht um

die hauptsächlichlichen Clearingstellen beim Bund, den Ländern, den Gemeinden, den Parteien, den Gewerkschaften, den Betrieben usw. Wird auch dort das demokratisch eingestellte und im Kampfe für die Demokratie bewährte Element beiseitegeschoben, dann beschreiten wir einen Weg, der das demokratische Gesamtgefüge zersetzen müßte.

Vielleicht ist die damit ausgesprochene Warnung verfrüht, sie dürfte es aber deshalb nicht sein, weil die Ereignisse in Deutschland, selbst auf Distanz gesehen, eine so deutliche Sprache sprechen, daß doppelte Wachsamkeit notwendig ist.

den Zehntausende gegen ihre Oberzeugung, mit traurigem Herzen und geprehten Lippen leisten mußten, den aber ein Österreicher, Dr. Josef Lasseit, für unantastbar und heute noch göttlich hält.

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen

## Und so denken deutsche Leutnants über die Generallität und Soldatenpolitik:

(Aus einer Handschrift des „Münchener Brevierers“)

Leutnant a. D. Heinz H., 29 J., heute Architekt: „Mit den gleichen Phrasen wurden wir schon einmal betrogen. Ich will mit diesem Generalen und ihrer unzureichenden Politik nichts zu tun haben. Vielleicht wittern sie eine neue Chance. Wir Jungen haben uns umgestellt — und keine Kriegsamitionen.“

Leutnant a. D. Hans B., 30 J., heute Diplomingenieur: „Ich lehne sie ab. Ich billige Interessenvertretungen, nicht aber Zusammenschlüsse mit politischer und obendrein unklarer Zielsetzung. Für mich sind die Soldatenbünde nichts als Kampftruppen, um gewisse Führerambitionen durchzusetzen.“

Leutnant a. D. Otto H., 28 J., heute Diplomingenieur: „Die fachlichen Qualitäten der Generallität sollten beim Notwendigwerden einer Wiederbewaffnung berücksichtigt werden. Ihre politische Tätigkeit billige ich nicht. Es ist ein Hänkeispiel zur Umgehung einer demokratischen Volksbefragung.“

Oberleutnant a. D. Wolfgang B., 37 J., heute Kaufmann: „Nein! Ein General kann nie gemacht werden. Wenn ehemalige Generale sich nun an die Spitze der Soldatenbünde stellen und kühn behaupten, im Namen der Soldaten zu sprechen, so machen sie sich damit zu unberufenen Politikern.“

Oberleutnant a. D. Hans L., 36 J., heute Assessor (K): „Ich verbitte es mir, daß diese Generale im Namen aller ehemaligen Soldaten sprechen. Wir haben kein Vertrauen zu ihnen; sie haben sich gegen Hitler nicht durchgesetzt, einige davon

Eine andere Stellung nimmt Österreich schon deshalb ein, weil — allgemein beurteilt — die Koalition der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei für die Sicherung der Demokratie einen maßgebenden Schutz abgibt. Diese Koalition erfordert schließlich auch eine Koalitionsstimmung, die — grundsätzlich betrachtet — nur eine demokratische sein kann. Denn Demokratie bedeutet Duldsamkeit, gegenseitige Respektierung und Kontrolle, Zusammenarbeit zum Wohle des Ganzen und nicht zuletzt Diskussion; sie bedeutet letzten Endes Freiheit und Menschenwürde! —quit.

## Das war der Eid,

Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingt Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

haben sogar die Männer des 20. Juli aus der Wehrmacht ausgestoßen.“

Leutnant a. D. Werner St., 34 J., heute Redakteur: „Nein! Mollke sah das Charakteristikum des Offiziers im Wissen, welche Befehle er nicht ausführen habe. Nach diesem Maßstab hat die Generallität des letzten Krieges jeglichen Führungsanspruch verloren. Die ihn hätten, sind ermordet.“

Oberleutnant a. D. Fridolin S., 30 J., heute Architekt: „Wenn Heeresaufstellung, selbst Regierung und alle Soldaten ein Gremium berufen, in dem auch Generale fachlich beratende Stimme haben, die Führung gehört in die Hand von Leuten, die ungeachtet des Dienstgrades Gewähr für saubere Durchführung des erteilten Auftrages bieten.“

Oberleutnant z. S. a. D. Günter M., 31 J., heute Schulfunkredakteur: „Ich habe ihnen keinen Auftrag erteilt. Wir Jungen haben den Weg zurück in ein normalisiertes Leben gefunden, — diese Generale anscheinend aber nicht. Die Berufsgruppe Soldaten besteht nicht mehr, sie können also auch nicht als deren politische Repräsentanten gelten.“

Oberleutnant a. D. Hans A., 37 J., heute Fabrikant: „Aus drei Gründen bin ich für eine Wiederbewaffnung Gleichberechtigung, Sicherheit, Erziehung der Jugend. Diese Generale aber bieten keine Gewähr, daß der westalliierte Ausbildungsgrundsatz „Größter Erfolg durch kleinstmöglichen Menschenneinsatz“ bei uns realisiert wird.“

# Rat und Hilfe

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend für Rentenbezieher, Opfersurweis- und Amtsbeschuldigungssträger die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Auslegung der Gesetze an Hand von praktischen Beispielen. In unserer Rubrik „Rat und Hilfe“ wird jeder politisch Verfolgte über den Stand seiner Rechte orientiert, bzw. wird ihm bei der Erlangung seiner ihm gesetzlich zustehenden Rechte unsere Hilfe zuteil.

Außerdem werden in Hinkunft Briefe, die um Rechtsauskunft in allen, die politisch Verfolgten betreffenden Belangen an die Redaktionen ergehen, im „Freiheitskämpfer“ beantwortet.

Vorstandsmitglied Kamerad Franz Kitzler, Mitglied der Rentenkommision bei der Landesregierung Wien, steht außerdem jeden Montag von 17—18 Uhr Wien I, Falkstraße 3. 2. Stock, Zimmer 103, jedem ehemals politisch Verfolgten betriebs Auskunft und Beratung in allen Rentenangelegenheiten zur Verfügung.

## Neue Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Wie wir erfahren, haben die sozialistischen Abgeordneten Jochmann und Genossen einen Initiativantrag im Parlament laufen, der sich mit einer neuerlichen (7.) Novelle zum Opferfürsorgegesetz befaßt. Der Antrag umfaßt die Änderung, bzw. Neuformulierung einer Reihe von Bestimmungen, die wir nur begrüßen können. Vor allem scheint es uns mehr als dringlich, daß der berühmte 5. Mai 1945, der als Stichtag für die Anerkennung der Hinterbliebeneneigenschaft gilt, fallen soll. Das heißt, bisher wurden nur jene Frauen als Witwen anerkannt, deren Gatten vor dem 5. Mai 1945 verstorben sind. Wir wissen aus der Praxis, daß es viele hunderte, wenn nicht tausende Frauen gibt, die nun durch Jahre ihren in der Haft schwerbeschädigten Mann pflegen mußten, nach dem Tode ihres Mannes aber jeder Unterstützung entbehren müssen und oft als Witwen unserer Besten im hohen Alter vor einem Nichts stehen.

Gerade hier wäre ein Unrecht gutgemacht und es ist zu hoffen, daß vor allem das Finanzministerium seinen bisher ablehnenden Standpunkt ändert.

In dem Zusammenhang sei auch einiges Grundsätzliches gesagt. Niemanden unter den ehemals politisch Verfolgten, die heute diese Gruppe in den Kommissionen vertreten, geht es darum, nur Mittel herauszuholen. Es wird vielmehr jeder einzelne Fall gewissenhaft geprüft und nur dort Rente zuerkannt, wo nach eine Berechtigung besteht.

Leider kann man an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß es gewisse Auswüchse durch eine einerseits unklare Formulierung, andererseits durch eine gewisse Sprechpraxis, die da und dort eingerissen hat, gibt. Man wird es in der Öffentlichkeit kaum verstehen, wenn ein Zigeuner z. B. heute eine Rente von über 5.150,— erhält. Reiz das Zusammen-

treffen verschiedener Rentengruppen bringt diese Höhe der Rente zustande. Um nicht mißverstanden zu werden. Aus eigenem Erleben weiß ich, was die Zigeuner in den KZs erlebt haben. Wir wissen aber ebenso, daß es Tausende in der Heimat gegeben hat, deren jahrelanges Hungern das aufwiegt, was manche Zigeuner mürksachen. Sie stehen heute ohne jegliche Unterstützung da, weil sie keine Haft nachweisen können, während der Mann der Landstraße ein weit höheres Einkommen hat als der Briefträger, der ihm die Rente bringt.

Man wird auch einmal die Frage der Lebensgefährtinnen regeln müssen. Hier erleben wir immer folgendes Spiel. Jene Frauen, die irgendwann eine lose Beziehung zu einem später verstorbenen Juden oder sonst ums Leben gekommenen politischen Häftling gehabt haben, erbringen heute alle möglichen und oft auch unmöglichen Nachweis, daß sie mit dem Betroffenen eine Lebensgemeinschaft unterhielten. Aus diesem Titel leiten sie ihren Rentenanspruch ab und erhalten zumvorbereitete Rente.

Auf der anderen Seite ist jede Frau, deren Mann ums Leben gekommen ist und die heute mit einem Untermieter zusammenwohnt, bemüht, diese Lebensgemeinschaft abzuleugnen, um auf diese Weise die Rente nach dem verstorbenen Mann zu erhalten (mit der sie nicht selten ihrem jetzigen Lebensgefährten noch unterstützt).

Uns ist bewußt, wie schwer es sein wird, hier eine Ordnung herbeizuführen und zu verhindern, daß der Staat an Menschen Renten bezahlt, die absolut dieser Unterstützung nicht würdig sind. Trotzdem wird man auch dieser Frage bei kommenden Neuregelungen sein Augenmerk schenken müssen. Nicht zuletzt belasten gerade solche sehr zweifelhafte Rentempfänger im besonderen unsere

Ämter und verhindern vielfach die promptere Erledigung jener Fälle, deren mangelnder Lebensunterhalt eine rasche Erledigung rechtfertigt. FK.

## Erlaß betreffend der KO-Bahnerrmäßigung

Die Generaldirektion der Österr. Bundesbahnen hat mitgeteilt, daß im Zuge der allgemeinen Tarifmaßnahmen für den Personenverkehr, welche mit 1. September 1951 in Kraft treten, der Preis eines Ausweises für Schwerkriegsbeschädigte zur Inanspruchnahme der 50%igen Fahrpreisermäßigung von S 50,— auf S 62,— erhöht wird, daß jedoch die bis einschließlich 31. August 1951 zur Ausgabe gelangten Ausweise zum Preise von S 37,50 bis einschließlich 31. Dezember 1951 ihre Gültigkeit ohne Nachzahlung behalten.

Ab 1. September 1951 werden nur mehr Ausweise mit aufgedrucktem neuem Preis ausgegeben werden. Diese neuen Ausweise können ab 31. August 1951 bei den seinerzeit bekanntgegebenen Ausgabestellen der Österreichischen Bundesbahnen behoben werden.

Zur Durchführung dieser Neuregelung werden die Landesinvalidenämter angewiesen, allenfalls dort lagernde Vorräte an Ausweisen zum alten Preis zuverfügung bis längstens 3. September 1951 den zuständigen Bezugsstellen der Österr. Bundesbahnen abzuführen, wo allenfalls gegen Einreichung der zurückgegebenen Ausweise solche zum neuen Preis bezogen werden können.

Unter der Annahme, daß für die Zeit nach dem 31. 8. 1951 im allgemeinen nur mehr Nachzügler die Fahrtbegünstigung in Anspruch nehmen, sowie aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird der Kostenanteil des Schwerkriegsbeschädigten für die ab 1. September 1951 ausgestellten Ausweise weiterhin mit S 25,— festgesetzt; der Differenzbetrag auf S 62,—, d. s. S 37,—, wird, wie bisher hinsichtlich des Differenzbetrages von S 12,50 geschehen ist, aus den Eingängen an Ausgleichstaxen zu decken sein. Dergleichen wird die Gebühr für die Begleitberechtigung, die für die nach dem 31. 8. 1951 ausgegebenen Ausweise unverändert bleibt, zur Gänze zu Lasten des Ausgleichstaxens zu übernehmen sein.

Abschließend wird bemerkt, daß von seiten der Generaldirektion der Österr. Bundesbahnen nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Gültigkeit der vor dem 31. 8. 1951 ausgegebenen Ausweise ausnahmslos mit 31. Dezember 1951 abklingt, während die Gültigkeit der nach dem 31. 8. 1951 ausgegebenen Ausweise mit 31. 1. 1952 endet.

# ÖVP-KAMERADSCHAFT

## UND BUND ÖSTERREICHISCHER FREIHEITSKÄMPFER

### Die Kameradschaft Tirol am Landesparteitag

Am 18. September fand in Innsbruck der 5. Landesparteitag der Landesgruppe Tirol der Österreichischen Volkspartei statt.

Als Gäste und Vertreter ihrer Landesparteileitungen konnten wir begrüßen: Kameradin LA Hilli, Wien, Kameraden Bundesobmann der ÖVP-K NR. Frisch, Burgenland, Kameraden Landesverbandsobmann NR. Rainer, Salzburg.

Die ÖVP-K und der Bund Österreichischer Freiheitskämpfer waren bereits durch Monate an den Vorbereitungen zu diesem Landesparteitag aktiv und mit Erfolg tätig. Beide Verbände waren in den vorbereitenden Ausschüssen für Organisation, Soziales, Presse, Recht und Verfassung und im Annahme- und Prüfungsausschuß vertreten. Am Landesparteitag selbst nahmen je 2 Vertreter mit beschließender Stimme teil.

An der Debatte beteiligten sich die Kameraden: Geschäftsführender Obmann Kamerad Hornich, H. Obmannstellvertreter Dr. Bitschnau und Pressereferent Hofheld-Weißhof, U. a. wurde betont, daß Österreich seinen Staatsbürgern bis heute die primitivsten demokratischen Rechte verweigert hat, man hat uns im Jahre 1918 ohne zu befragen zu Republikanern gemacht. Altbundeskanzler Dr. Schuschnigg, der sieben Jahre in den deutschen KZ, verbracht hat, befindet sich noch immer als Helmatvertriebener außer Landes, während andere Emigranten längt und nicht nicht oft ganz gerechtfertigten Ehren wieder zurück sind. Die Wiedererrichtung der Österr. Jugendbewegung wird als dringendst notwendig empfohlen.

In der folgenden Wahl wurde der bisherige Obmann LA Dr. Alois Lugger mit großer Stimmenmehrheit zum Landesparteibeamten wiedergewählt.

Punkt 8 der Tagesordnung war zur Einbringung von Anträgen an den Landesparteitag vorgesehen.

Die ÖVP-K hatte bereits im vorbereitenden Sozial-Ausschuß einen Antrag, die Wiedergutmachung für die politischen Opfer betreffend, eingebracht. Nach eingehender Erörterung wurde Kamerad Hornich zum Referenten für diesen Antrag nominiert.

Kamerad Geschäftsführender Obmann Hornich führte aus:

In allen Ländern, mit Ausnahme Österreichs, selbst in Deutschland, ist die Wiedergutmachung längt und größtenteils

durchgeführt. Nur Österreich blieb es verwehren, sich mit viel Geschick und Umsicht, zum Unterschied von allen anderen vom Hitlerismus unterjocht gewordenen Ländern, über die berechtigten Wiedergutmachungsansprüche hinwegzusetzen. Ein europäisches Kuriosum einziger Art.

Im Auftrag der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten in Tirol stellte ich an dem 5. Landesparteitag den Antrag: Der Parteitag wolle beschließen:

Der Landesparteitag ist der Auffassung, daß der Grundsatz der Gerechtigkeit es verlangt, den berechtigten Forderungen des Personenkreises der politisch Verfolgten des österreichischen Freiheitskampfes endlich Rechnung zu tragen.

Die Landesparteileitung und die Mandatäre der ÖVP werden beauftragt, sich für die Durchsetzung folgender Forderungen in ihrem Wirkungskreis einzusetzen: Ehestet Schaffung eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden für die Opfer der politischen Verfolgung in der NS-Zeit. Dieses soll insbesondere enthalten:

- a) die Wiedergutmachung der durch politische Haft (in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern) erlittenen wirtschaftlichen Schädigungen.
- b) Entschädigungen für Maßnahmen gegen das österr. Berufsbeamtentum bei fruchtloser Entlassung oder vorzeitiger Pensionierung.
- c) Rückzahlung der Beträge, welche für Haftkosten, Schmerzensgelder u. a. bezahlt werden mußten.

Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die wirtschaftlichen Schädigungen an österreichischen Patrioten, die sich für die Erhaltung, bzw. Wiedererrichtung der Republik Österreich mit allen ihren Kräften eingesetzt haben und deshalb viele Jahre hindurch verfolgt und in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen schwersten beeinträchtigt wurden, endlich nach so langer Zeit wieder gutgemacht werden.

Die Kameraden LA Knecht und LA Földl unterstützen nachdrücklich diesen Antrag, der bei der Abstimmung einstimmig angenommen wurde.

Mit einem ausführlichen und lehrreichen Referat von Bundesparteibeamten NR. Ing. Julius Raab schloß der 5. Landesparteitag der ÖVP in Tirol.

Kameradinnen und Kameraden in Tirol. Der 5. Landesparteitag hat uns gute Erfolge gebracht, und nun an die Arbeit. Überall dort mitarbeiten, wo euch die Partei braucht, ein Hände-in-den-Schoßlegen und warten, können wir nicht mehr gelten lassen. Der Ehrentitel „Politisch Verfolgter“ verpflichtet, der muß immer wieder aufs neue Bestätigung finden. Wir können und dürfen nicht abseits stehen, sonst geht das Rad der Zeit über euch hinweg zur Tagesordnung. Auf keinen Fall ist es angelegig, sich in Vergangenes einzuspannen. An die Arbeit! In und mit der Österreichischen Volkspartei „Alles für Österreich!“

### Landesgruppe Tirol schreibt uns:

Lieber Kamerad Kittel!

Nach erfolgter Aussprache mit unserem 1. Landesverbandsobmann Kameraden LA Zechner und anderen Mitgliedern des Landes-Ausschusses kann ich Dir mitteilen und versichern, daß wir mit dem Inhalt unserer Zeitung sehr zufrieden sind und uns der Inhalt von einer Nummer zur anderen immer mehr befriedigt. Die Kritik von vielleicht sogenannten „Beschwichtigungs-Hofräten“ darf Dich keinesfalls beirren. Unsere Zeitung ist einmal ein Kampfblatt und muß es auch bleiben. Wer übt denn auch schon Kritik an unserer Zeitung? Doch nur jene Kreise, die noch immer nicht einsehen wollen, daß ihre Versuche zur Gewinnung der ehemaligen NS. keine Erfolge erzielt haben. Ich habe z. B. die letzte Nummer, Seite 3 „Bedenklüche Irrtümer und notwendige Klärstellungen“, einigen jungen Akademikern, solchen die im CV, und nicht im VV, vorgelegt und einhellig hören können, ja, das ist gut so, — die Erwiderung hätte ich noch viel schärfer geschrieben, — ich will von diesem Söldentum des zweiten Weltkrieges nichts mehr hören und auch nichts verherrlicht wissen —, zuerst haben verschiedene Männer der Partei verneint, sie könnten ihre erreichten Positionen durch Gewinnung der NS. festigen oder mit der jungen Front; da dies fehlgeschlagen hat, glauben diese verirrten Politiker, deren Positionen bedenklich zu wackeln beginnen, ihr Heil darin zu suchen, die Gunst der vermeintlichen jungen Frontkreise oder wenigen Hitler-Offizierchen zu gewinnen und so ihre Pfänder zu erhalten. Sprechen wir das doch einmal klar und deutlich aus.

## Und Oberösterreich:

### Brief an Kamerad Kitzler

Über Auftrag unseres Obmannes Serschen und nach Besprechung in einer Anschauung kann ich Dir als Ergebnis mitteilen, daß wir gegen die Schreibweise des „Freiheitskämpfers“ in der letzten Zeit nichts einzuwenden finden.

Wir können daher die Anschauungen anderer Seiten in diesem Punkte nicht teilen.

Doch glauben wir, daß es gerade in der jetzigen Notzeit sehr angezeigt wäre, wenn sich der „Freiheitskämpfer“ nun ganz besonders gegen die immer krauser werdende Korruption wenden würde, und zwar rücksichtslos und gegen jede Korruption, komme sie wo immer vor. — Wer die Stimmung in der breiten Bevölkerung kennt wie wir, die wir ja in ständigem Kontakt mit den breitesten Schichten stehen, muß entsetzt sein, wie sich die Korruption immer unverhüllter und frecher breitmacht, weil es anscheinend niemanden gibt, der zum Kampf dagegen berufen wäre und auch den nötigen Mut aufbringt.

Dabei können wir des Dankes zahlloser ansässiger Österreicher sicher sein, wenn wir uns auch da kräftig einhalten.

## Bund österreichischer Freiheitskämpfer, Wien

Ende September befaßte sich eine Vorstandssitzung des „Bundes der österreichischen Freiheitskämpfer“ mit seinen aktuellen Aufgaben. Es wurde beschlossen, Prof. Ludwig Reiter, der bekannte Historiker, in den Vorstand zu kooptieren und in einer der kommenden Sitzungen dem Wiener Landesparteiobmann Fritz Polcar Programm und Aufgaben des Bundes innerhalb der Partei vorzutragen.

An der behäft geführten zweistündigen Debatte beteiligten sich unter Vorsitz des Kam. Leinkauf die Kameraden Aschenbrenner, Melfinger, Klein, Svetly, Almer, Dr. Schöller u. a. Einmütig wurde festgestellt, daß der Bund eine große Aufgabe zu erfüllen habe und in kommender Zeit insbesondere sich dem Ausbau seiner Bezirksorganisation widmen werde.

## Vorstandssitzung der Wiener Kameradschaft

Dienstag, den 2. Oktober d. J., fand in Anwesenheit der Bundesobmänner NR. Frisch und NR. a. D. Rupp unter Vorsitz des geschäftsführenden Bundesobmannes Hans Leinkauf eine Vorstandssitzung statt. NR. Frisch berichtete über die intensiven Verhandlungen zur Lösung der Wiedergutmachungsfragen und

gab in einer anschließenden Diskussion Antwort auf alle Fragen. Der Wiener Vorstand unterstrich die Dringlichkeit dieses Problems und gab der Erwartung Ausdruck, daß die nun schon jahrelangen Bemühungen endlich von einem Erfolg gekrönt werden müßten. NR. Frisch sagte zu, im Parlament die Frage nicht mehr aus dem Auge zu lassen und die Diskussion wach zu halten. Es wird besonders notwendig sein, im Zuge der Budgetdebatte die notwendigen Beträge vorzusehen, um bereits im Jahre 1952 die ersten Beträge an die geschädigten öffentlichen Beamten zur Auszahlung bringen zu können. Der Bundesobmann erklärte, daß nunmehr die ganze Angelegenheit in ihr Endstadium trete.

Der „Freiheitskämpfer“ und die Haltung der Wiener Kameradschaft gegenüber gewissen Forderungen der Partei bildeten weitere wichtige Gegenstände der Sitzung. Kam. Hyörs verwies unter Zustimmung der Anwesenden darauf, daß die Aufgabe der Kameradschaft noch lange nicht erfüllt sei und daher niemand uns hindern könne, unsere Arbeit noch intensiver fortzusetzen und auf dem einmal im „Freiheitskämpfer“ eingeschrittenen Weg fortzufahren.

## Ohne Geld

gibt es keinen Kampf. Wir brauchen daher jeden einzelnen Schilling. Deshalb richten wir an die skamigen Mitglieder unserer Verbände die eindringliche Bitte, ihren Mitgliedsbeitrag wie die Bezugsgebühren für unsere Zeitschrift umgehend einzahlen zu wollen. Der niederösterreichischen Auflage Segen Erlagscheine bei.

Kameraden! Bedenkt! Jeder Schilling hilft uns, unsere Aufgaben zu erfüllen und gestaltet unseren Kampf erfolgreicher! Nur der enge Zusammenschluß und die so oft geübte Opferbereitschaft macht uns stark!

## Landesverband Tirol

Landesverbandsohmann: LA Stephan Zechner.

Geschäftsführender Obmann: Emmerich Hornich.

II. Obmann-Stellvertreter: Dr. Wolftram Blitschnau.

Wir danken allen Kameradinnen und Kameraden für die uns zugegangenen Zuschriften. Ersuchen um Interventionen werden zverzüglich durchgeführt. Alle Anregungen werden bearbeitet. Wir sind aber, infolge des äußerst gering bemessenen Mitgliedsbeitrages, nicht in der Lage, Zuschriften ohne Rückporto zu beantworten. Alle Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen und Abonnementgebühren für unsere Zeitung im Rückstand sind, ersuchen wir höflich und drin-

gendst, ihren Verpflichtungen ehestens nachzukommen. Zahlungen an unser Konto ÖVP-Kameradschaft bei der Bank für Tirol und Vorarlberg. Ab 1. Jänner 1953 werden die Abonnementgebühren für unsere Zeitung „Der Freiheitskämpfer“ direkt durch den Bestellbogen eingehoben, dadurch werden uns unnötige Kosten erspart. Im Laufe der nächsten Monate werden in allen Bezirken Mitglieder-Versammlungen durchgeführt, zu welchen persönlich eingeladen wird.

## Redaktionseschluß: 6. November

Wir ersuchen die Landesverbände, den Redaktionseschluß genau zu beachten. Später eingehende Manuskripte können nicht berücksichtigt werden.

## Unsere Toten

### GM a. D. Wolfgang Heller †

Am 23. September 1951 schloß Generalmajor a. D. Wolfgang Heller nach einem arbeitsreichen Leben im hohen Alter von 81 Jahren für immer die Augen. Kaum eine Würdigung seiner Persönlichkeit könnte mehr von seinem Leben und Wirken berichten, als allein die Parte, die nur von seinen Auszeichnungen spricht. Dort lesen wir:

Besitzer der Goldenen Tapferkeitsmedaille für Offiziere und des Militärverdienstkreuzes 2. Klasse, Komtur des Franz-Joseph-Ordens mit dem Stern, Ritter des Leopold-Ordens und des Ordens der Eisernen Krone 3. Klasse, der Militär-Verdienstmedaille, des Karlsruhpenkreuzes, der Verdienstmedaille (und des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse usw. Besitzer des Merkschild-Ordens 2. Klasse, des preussischen Kronenordens I. Klasse, des Osmanje-Ordens 3. Klasse, des Offizierszeichens vom Roten Kreuz mit der Kriegdekoration und des Kampferinnerungszeichens des österreichischen Heerwaches mit der Spange usw.

Kurz und bündig: Generalmajor Heller war ein Kämpfer in Krieg und Frieden, auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs und in der Heimat für deren Bestand. Die ÖVP-Kameradschaft nahm an seinem Begräbnis teil und legte durch ihren geschäftsführenden Bundesobmann Hans Leinkauf einen Kranz nieder. Wir werden Generalmajor Heller stets in ehrender Erinnerung behalten.

Herausgeber: „ÖVP-Kameradschaft der polnisch Vertriebenen“ und „Bund österreichischer Freiheitskämpfer“, Redaktion und Vertriebsstelle: Franz Eklit, Alte Wien 1, Filialstraße 3. — Eigentümer und Verleger: Österreichischer Verleger, Wien VII, Brunnensteig 2. — Verwaltung und Auslieferung: Wien VII, Leobensgasse 18. — Druck: Typographische Anstalt, Wien VII, Hölzengasse 2.